



12/2012

1. Die politische Lage in Deutschland – Weichen richtig gestellt

Die Ereignisse dieser Woche zeigen: Die Lage in Europa ist ernst, die Probleme sind längst nicht überwunden. Es darf daher kein Nachlassen in den Bemühungen zur Sicherung der Währungsunion und zur Stärkung der Wachstumskräfte in Europa geben. Es ist daher richtig, dass Deutschland in dieser Woche die Beratungen über den Fiskalpakt und den Europäischen Stabilisierungsmechanismus mit großer Mehrheit zum Abschluss bringt. Das ist ein gutes Signal in und für Europa. Aber machen wir uns nichts vor: Die deutsche Wirtschaft zeigt sich vor dem Hintergrund der Krise im Euroraum zwar bemerkenswert stabil, aber die wirtschaftliche Grunddynamik hat sich verlangsamt – auch aufgrund von Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und China sowie wegen insgesamt wachsender Skepsis. Die Binnennachfrage in Deutschland läuft weiter gut, aber es gibt erste Anzeichen für eine Abkühlung der Konjunktur. Es kommt daher jetzt darauf an, weiter konsequent zu handeln und nötige Strukturreformen umzusetzen. Nur dann sind wir auch in Zukunft gut gewappnet. Die Rückschau zeigt die Richtigkeit unseres Weges: Drei Jahre christlich-liberaler Koalition haben unserem Land gut getan. Deutschland hat seinen wachstumsorientierten Stabilitätskurs gehalten und steht nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise besser da als die meisten anderen Staaten. Den Menschen in Deutschland geht es gut. Sicher: Probleme dürfen nicht verschwiegen, sie sollten aber auch nicht überzeichnet werden. Ich bin mir sicher: Es kommt in diesen unsicheren Zeiten auf die richtigen Lösungen und auf eindeutige Antworten an. Wir stellen uns der Herausforderung und handeln, wo andere nur reden. Zahlen und Fakten zeigen, dass wir unser Land in die richtige Richtung führen: Nach dem Einbruch der Wirtschaft um 5,1 Prozent im Jahr 2009 sind die Wachstumsraten 2010 auf 3,7 Prozent und 2011 auf 3,0 Prozent emporgeschwungen. Die Wirtschaftsleistung Deutschlands ist mit einem Wert von 2.570 Mrd. Euro so stark wie nie zuvor. Und dieser Aufschwung kommt bei den Menschen an: Über spürbare Lohn- und Tarifsteigerungen auf der einen und immer mehr sozialversicherungspflichtige Jobs auf der anderen Seite. Niemals zuvor gab es so viele Arbeitsplätze in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist mit rund drei Millionen auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Besonders Langzeitarbeitslose profitieren von dem Aufschwung. Und viele Staaten in Europa bestaunen die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Unser Kurs, den Bundeshaushalt zu konsolidieren und gleichzeitig das Wachstum zu stärken, hat sich in den vergangenen drei Jahren als Erfolg erwiesen. Deutschland hat inzwischen beste Chancen auf einen ausgeglichenen Haushalt schon 2014. Und statt über immer neue Finanzlöcher stopfen zu müssen, können wir über Überschüsse in den Sozialversicherungen reden. Die Stabilisierung der umlagefinanzierten Sozialsysteme in Deutschland hat also Wirkung entfaltet. Damit Deutschland weiter im Wohlstand leben kann, steigert die christlich-liberale Koalition die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung – bis zum Jahr 2013 um 12 Mrd. Euro. Mit dem Hochschulpakt II schafft sie bis 2015 zudem 315.000 zusätzliche Studienplätze und gibt den Forschungsinstituten mehr Spielraum bei der Verwendung staatlicher Gelder.

2. Stärkung der deutschen Finanzaufsicht

Wir bringen ein Gesetzgebungsverfahren zur weiteren Stärkung der deutschen Finanzaufsicht unter Beachtung der europäischen Entwicklung auf den Weg. Mit einer Verbesserung der Aufsichtsstruktur insbesondere mit Blick auf die Früherkennung und -bekämpfung von Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems sorgen wir für Sicherheit. Über eine Verbesserung der Bezahlstruktur in der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht werden wir weiterhin hochqualifiziertes Personal für diese kritische Aufgabe rekrutieren können. Schließlich sorgen wir mit der Gesetzesnovelle für eine verbesserte Absicherung des Verbraucherschutzes.

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

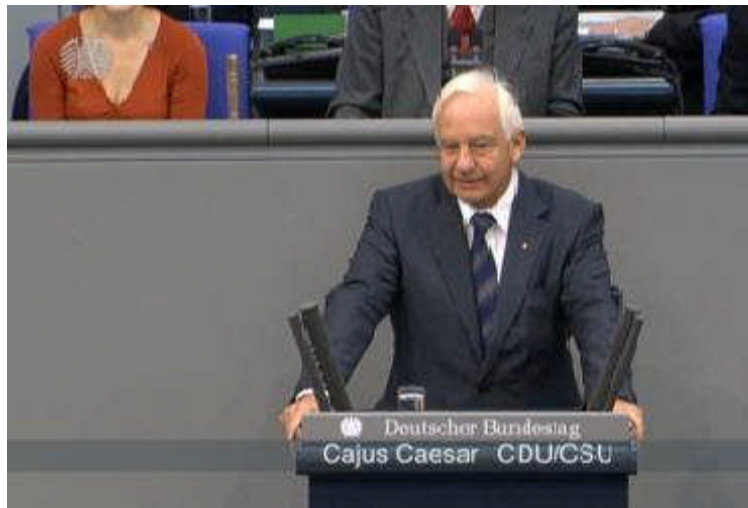
Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

3. Waldstrategie 2020 – Meine Rede im Deutschen Bundestag

In meiner Parlamentsrede zur Waldstrategie 2020 war es mir besonders wichtig, die Bedeutung der weltweit vorbildlichen Waldwirtschaft Deutschlands hervorzuheben. Naturnah, ressourcenschonend und klimafreundlich – beim Holz handelt es sich eindeutig um einen Rohstoff, der eine enorme Wertschöpfung für den ländlichen Raum bedeutet. Auch in Lippe ist dies ein bedeutender Punkt. Es ist hier regional und über kurze Transportwege verfügbar. Wertschöpfung bedeutet in den Regionen für viele auch Einkommen. So haben wir in der Forst- und Holzindustrie mehr Arbeitsplätze zu verzeichnen als in der Automobilindustrie. Der Rohstoff Holz bringt die Energiewende direkt zu den Bürgern. Schon jetzt werden 50% des in Deutschland verarbeiteten Holzes zur Energieerzeugung vor Ort verwendet. Neben diesem enormen energetischen Bedarf ist auch die stoffliche Nachfrage nach Holz – beispielsweise für den Hausbau – groß. Mit der Waldstrategie haben wir uns dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Dem Wald wird nicht mehr Holz entnommen, als auch wieder nachwächst. Es wäre geradezu fahrlässig, auf Teile dieses umweltfreundlich erzeugten Rohstoffs zu verzichten, dafür aber Importe in Kauf zu nehmen, die oftmals aus nicht nachhaltiger Bewirtschaftung stammen. Jedes Jahr werden etwa 11 Millionen Hektar Urwald zerstört. Dies entspricht der gesamten Waldfläche Deutschlands. Davon wird nur etwa die Hälfte wieder aufgeforstet. Diese Zerstörung wollen wir seitens der Union nicht und werden international alles daran setzen, die Waldzerstörung einzudämmen und nur noch Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung zu verwenden. Vor allem vor diesem Hintergrund sind Flächenstilllegungen der absolut falsche Weg. Wir haben mit der Waldstrategie 2020 Wege aufgezeigt, wie den steigenden Ansprüchen an den Wald begegnet werden kann und mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung seine ökologischen, ökonomischen und sozialen Funktionen bewahrt werden können.



4. Beschäftigung steigt – Zahl der Minijobber sinkt

Die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten ging in den ersten drei Monaten dieses Jahres um mehr als 140.000 zurück. Wie aus einem noch unveröffentlichten Quartalsbericht der Minijobzentrale in Essen hervorgeht, gab es demnach mit 6,99 Millionen geringfügig entlohnten Beschäftigten nur 53.000 mehr Minijobber als im Ausgangsjahr 2004. Damit stieg die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten seit 2004 um 0,8%. Dieser Zuwachs sei vor allem zurückzuführen auf die Zunahme von geringfügig entlohnten Beschäftigten im privaten Haushalt: Immer mehr Arbeitgeber meldeten ihre Haushaltshilfen an. Demgegenüber verzeichnete die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im selben Zeitraum einen Zuwachs von 9% (2,4 Millionen). Dies zeigt, dass keine Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten durch Minijobs stattfindet. Vor allem Frauen üben dem Quartalsbericht zufolge Minijobs aus. Im gewerblichen Bereich liegt der Anteil der Frauen bei 62%, im Privathaushalt bei 92%. Die stärkste Altersgruppe unter den Minijobbern bilden die über 60-Jährigen mit 1,3 Millionen Beschäftigten. Ihnen folgen mit 1,1 Millionen die unter 25-Jährigen Minijobber.

5. Neuausrichtungsgesetz erweitert Leistungsangebot in der Pflege

Einen sehr guten Weg im Bereich der Pflege gehen wir mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz. 500.000 Menschen mit Demenzerkrankung erhalten erstmals Leistungen der Pflegeversicherung. Damit die Pflege zu Hause weiter Vorrang vor der Pflege im Heim hat, setzen wir einen Schwerpunkt bei den pflegenden Angehörigen und ihren Familien. Die Pflegebedürftigen lassen sich lieber in vertrauter Umgebung und von vertrauten Menschen pflegen. Das ist ein Stück Menschlichkeit in unserer Gesellschaft. Wir verfolgen den Grundsatz „ambulant vor stationär“ seit Einführung der Sozialen Pflegeversicherung Mitte der 90er Jahre. Jetzt ermöglichen wir pflegenden Angehörigen erstmals Auszeiten. Wer mehrere Pflegebedürftige pflegt, darf bei der Rente nicht schlechter gestellt werden. Auch das wird künftig berücksichtigt. Wir erweitern das Leistungsangebot der ambulanten Pflegedienste um häusliche Betreuungsleistungen. Pflegebedürftige und Pflegekräfte werden künftig mitreden, auch bei der Bewertung und Einstufung der Pflege. Pflegebedürftige entscheiden künftig selbstbestimmt, was für sie beste Hilfe und Pflege ist. Wir schaffen mehr Flexibilität, um von einem starren Minutenkorsett in der Pflege wegzukommen. Der Grundsatz „Wiederherstellung vor Pflege“ wird nachhaltig umgesetzt. Neue Wohnformen entstehen. Versicherte werden nicht alleingelassen, sondern frühzeitig beraten – mit verbesserter Rechtssicherheit. In Pflegeheimen wird die ärztliche und zahnärztliche Versorgung auf eine neue, sichere Grundlage gestellt. Die mit der Beitragssatzerhöhung ab 2013 erzielten Mehreinnahmen in Höhe von 1,1 Mrd. Euro sind gut angelegt. Sie werden nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern dort eingesetzt, wo das Geld am dringendsten gebraucht wird: bei den pflegenden Angehörigen und ihren Familien.

6. Stärkere Eigenverantwortlichkeit für außeruniversitäre Forschung

Auf Initiative der Regierungskoalition wird das Gesetz zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen im Deutschen Bundestag beraten. Dies stellt nach der schon 2008 beschlossenen und mit Erfolg vollzogenen Wissenschaftsfreiheitsinitiative einen weiteren Schritt zur Umsetzung eines wichtigen, im Koalitionsvertrag geregelten, Vorhabens dar. Mit dem Gesetz erhalten die durch Bund und Länder geförderten außeruniversitären Forschungsorganisationen flexiblere rechtliche Rahmenbedingungen. Über nun einzuführende Globalhaushalte bestimmen sie die Verwendung ihrer Mittel eigenverantwortlich und können sich durch die Einwerbung von Spenden und Mittel Dritter zusätzliche Finanzquellen sichern. Die große Zustimmung in Forschung und Wissenschaft zeigt: Die Koalition ist auf dem richtigen Weg.

7. Mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in 2010

Etwa 234,5 Mrd. Euro wurden im Jahr 2010 in Deutschland für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. Dies entspricht einem Anstieg von 4,3% im Vergleich zum Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Berechnungen mitteilt. Begünstigt wurde diese Entwicklung unter anderem durch den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative, den Kinderbetreuungsausbau und das Zukunftsinvestitionsgesetz. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 9,5% des Bruttoinlandsprodukts für Bildung, Forschung und Wissenschaft verwendet. Der größte Anteil entfiel dabei mit 133,1 Mrd. Euro auf die Bildungseinrichtungen Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie auf die duale Ausbildung. Weiterhin wurden 19,5 Mrd. Euro für Bildungsförderung und Käufe der privaten Haushalte von Bildungsgütern aufgewendet, während für die Bereiche Weiterbildung, Jugendarbeit, Krippen und Horte 19,7 Mrd. Euro verwendet wurden. In Forschung und Entwicklung wurden 57,3 Mrd. Euro von Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen investiert, die Ausgaben für die Bildungs- und Wissensinfrastruktur betragen währenddessen 4,9 Mrd. Euro. Im Jahr 2009 waren von den insgesamt 224,8 Mrd. Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft rund 64% aus öffentlichen Haushalten aufgewendet worden, während rund 34% privat und 1% vom Ausland übernommen wurden. Der Beitrag der öffentlichen Haushalte zu den Bildungsausgaben lag im Jahr 2009 bei 79%, der private Bereich und das Ausland übernahmen 21%. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung wurden hingegen zu 66% vom privaten Bereich (Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbszweck) finanziert.

8. Wirtschaftsunioren suchen engagierte Ausbilder

Deutschlands beste Ausbilder zu finden und zu würdigen, das ist das Ziel des Preises „Ausbildungs-Ass“, den die Wirtschaftsunioren Deutschlands gemeinsam mit den Unioren des Handwerks und der INTER Versicherungsgruppe ausgeschrieben haben. Das Projekt der jungen Unternehmer unterstütze ich sehr gern. Junge Menschen brauchen Vorbilder, deshalb ist es wichtig, dass sich Menschen in unserem Land für eine gute Ausbildung engagieren. Ich begrüße deshalb, dass die Wirtschaftsunioren mit dem ‚Ausbildungs-Ass‘ engagierte Ausbilder auszeichnen und würdigen und ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Projekte in einem großen Rahmen vorzustellen. Das „Ausbildungs-Ass“, der Förderpreis der jungen deutschen Wirtschaft, wird seit 16 Jahren vergeben und ist mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 15.000 Euro dotiert. Bewerben können sich Unternehmen und Handwerksbetriebe, die sich in hohem Maße für die Ausbildung einsetzen, sowie Schulen und Institutionen in Deutschland, die an außer-, überbetrieblichen oder schulischen Initiativen mitwirken. Die Bewertungskriterien der Jury sind unter anderem die Anzahl und Qualität von zukunftsicheren Ausbildungsplätzen, die Kreativität der Ausbildungsmethoden, der persönliche Einsatz sowie die Effizienz des Engagements. Ich bin sicher, dass wir hier in der Region spannende Unternehmen und Initiativen haben, die den Titel Ausbildungs-Ass verdienen. Ich kann deshalb nur dazu auffordern, die Chance zu nutzen und sich um diese Auszeichnung zu bewerben. Bewerbungen sind bis Ende Juli möglich, weitere Informationen gibt es unter www.ausbildungsass.de.

9. Einmal Politikerin spielen – Lena Herzog aus Harkemissen zu Gast bei mir im Bundestag

Vier Tage lang Politik selbst in die Hand nehmen – darum geht es beim Planspiel Jugend und Parlament des Deutschen Bundestages. 312 Jugendliche aus ganz Deutschland stellten das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren nach. Sie schlüpfen dabei in die Rollen von Abgeordneten und simulierten vier Gesetzesinitiativen – an den echten Schauplätzen des Parlaments, also im Plenarsaal, in den Ausschuss- und Fraktionssälen. Die 16- bis 20-Jährigen lernten so die Arbeit der Abgeordneten in den Fraktionen, Landesgruppen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen kennen. Die Themen in diesem Jahr: Datenschutz, Pflegefreistellung, PKW-Maut und die diskriminierungsfreie Bewerbung. „Ich konnte viel über die Arbeit der Politiker dazu lernen. An einem Gesetz von der Idee hin bis zur finalen Abstimmung mitzuarbeiten, war eine spannende Erfahrung“, sagt Lena selbst über das Projekt. „Ich durfte aber auch erfahren, dass die Arbeitstage einer Politikerin sehr lang und sehr anstrengend sind. Unsere Arbeitsfrühstücke begannen meist vor 7 Uhr und die Debatten zogen sich häufig bis in den Abend hinein. Dennoch hatte ich sehr viel Spaß an dem Projekt.“ Als ‚echter Abgeordneter‘ freue ich mich natürlich über Lenas positive Bilanz. Von den Debatten der Nachwuchspolitikern können wir sehr viel lernen. Junge Leute für die Politik begeistern und ihnen die Wege und Verfahren in Berlin näher zu bringen – das ist das Ziel von Jugend und Parlament, welches ich immer wieder gern unterstütze.



Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de